



Deutscher Berufsverband
für Soziale Arbeit e. V.

Tariffähige Gewerkschaft

Mitglied der IFSW (International Federation of Social Workers)

Michaelkirchstr. 17-18

10179 Berlin

Telefon: (030) 40 05 40 12

Telefax: (030) 40 05 40 13

eMail: info@dbsh.de

Internet: www.dbsh.de

Berlin, den 04.02.2013

Verabschiedung des Armutsberichts von der Bundesregierung erneut verschoben.

Die erneuerte Verschiebung der Veröffentlichung des Armutsberichts der Bundesregierung lässt eigentlich nur Schlimmes vermuten. Offensichtlich ist man hinter den Kulissen immer noch feste dabei, diesen Bericht so hinzubasteln, dass er in die „heile Welt“ der schwarz-gelben Regierungskoalition passt. Da werden Passagen herausgenommen, hinzugefügt und Formulierungen geschönt.

Es passt nicht, wenn im Ursprungstext des Armutsberichts festgestellt wird, dass die unteren Löhne in den letzten 10 Jahren preisbereinigt gesunken, während die oberen Löhne gestiegen sind. Dass die Bevölkerung zunehmend die soziale Ungerechtigkeit in den Zusammenhang mit Einführung von Niedriglöhnen sieht, gefällt den Regierungsparteien überhaupt nicht.

Deutschland wird ungerechter, so das Fazit in Zeit-Online. Reiche werden immer reicher, Arme werden ärmer. Sie müssen weitaus größeren Maße die Folgen der Finanzkrise tragen.

Der Bericht macht deutlich, was Fachleute schon seit vielen Jahren wissen, dass Armut ein Problem mangelnder Bildungsgerechtigkeit ist. Es genügt nicht, nur über Bildungsgerechtigkeit in den politischen Zirkeln zu reden. Wer Armut wirklich bekämpfen will, muss mehr investieren in Ausbildung. Dies muss bereits im Kindergarten stattfinden. Kinder aus prekären Haushalten brauchen mehr Förderung und vor allem Möglichkeiten zur Entwicklung, die sie häufig zuhause nicht haben. Nur so erhalten sie die Chancen zur beruflichen Qualifikation. Nur so besteht eine Chance die wachsende Einkommensungleichheit zu stoppen. Solche Ausführungen passen nicht in das Selbstbild der „erfolgreichsten Regierung aller Zeiten“. Deswegen wird es wohl noch einige Zeit dauern, bis zur offiziellen Veröffentlichung.

Aber solange noch am Bericht gearbeitet wird, besteht ja noch die Möglichkeit, dass die Vorschläge aus der Fachwelt, der freien Wohlfahrtspflege noch berücksichtigt werden.

Wir erwarten, dass im Bericht die Höhe des soziokulturellen Existenzminimums stärker als dies im Entwurf der Fall ist problematisiert wird. Außerdem muss die Lebenslagen der in Deutschland lebenden Menschen mit Migrationshintergrund mehr hervorgehoben werden. Die Lage der über 500 000 ohne gültige Papiere hier lebenden Migranten muss deutlicher dargestellt und Lösungsvorschläge unterbreitet werden. Dies nur in einer Fußnote zu benennen, wird den Menschen nicht gerecht.

Wir unterstützen die Forderungen der freien Wohlfahrtspflege nach einem Bericht der von unabhängigen Sachverständigen erstellt wird. Es macht schon nachdenklich, dass die Beurteilung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung durch einen unabhängigen Sachverständigenrat erfolgt. Warum wird diese Arbeitsweise nicht auf die Beurteilung der sozialen Situa-

tion in der Bundesrepublik übertragen? Man kann hier nur spekulieren. Offensichtlich hängt dies damit zusammen, dass es um die Wirtschaft geht. Die Politik scheint wenig Interesse daran zu haben, dass durch ein Sachverständigengutachten über die soziale Lage in Deutschland die Gerechtigkeitslücke in unserem Land, das zunehmende Auseinanderklaffen zwischen Arm und Reich zu deutlich wird.

So werden wir also einen Armutsbericht der Regierung erhalten, der beschönigt, nivelliert und vor allem im Hinblick auf die Bundestagswahl nicht allzu viele Probleme deutlich macht. Die Bewertung der Regierung als die Beste durch die Kanzlerin darf unter keinen Umständen durch einen Armutsbericht in Frage gestellt werden. Dies wird vor allem den Bessergestellten und Gutsituierten in unserem Land gefallen. Die Armen werden weiterhin als „Kollateralschaden“ einer erfolgreichen Politik eine unbedeutende Rolle spielen.

Dadurch wird der „soziale Frieden“ in unserem Land immer stärker bedroht. Der soziale Frieden, der für den Wohlstand vieler in unserem Lande unabdingbar ist.

Der Berufsverband für Soziale Arbeit e. V. (DBSH) erwartet von der Bundesregierung die „Schönfärberei“ einzustellen und den Armutsbericht nun endlich zu veröffentlichen. Für die Zukunft erwarten wir, dass dieser Bericht von unabhängigen Sachverständigen erstellt und nicht mehr Parteieninteressen untergeordnet wird.

Mannheim, den 3. Februar 2013

Friedrich Maus

Sprecher des Funktionsbereichs
Fach- und Sozialpolitik des DBSH